

Wunsch kann kein wahrer Patriot mit inniger Ueberzeugung theilen. Sowohl bei Berathung der einzelnen Punkte, als sonst wird sich Gelegenheit darbieten, die Schritte der Regierung, die namentlich zur Unzufriedenheit Gelegenheit gegeben haben sollen, näher in's Auge zu fassen. Hier kann ich mich dessen enthalten. Wenn aber im Allgemeinen, wie mir scheint, die entschiedene Bestimmtheit der Schritte, die von Seiten der Staatsregierung gethan worden sind, zum Mißbelieben, was behauptet wird, Anlaß gegeben hat, so kann ich für meinen Theil einem solchen Tadel nie beistimmen und aus den Reden derer, die vor mir gesprochen haben, schließe ich, daß Viele mit mir gleiche Meinung theilen. — Von dem hiernach sich ergebenden Gesichtspunkte betrachtet, müßte allerdings an vielen Stellen die Adresse Modificationen finden, um sich zugleich als Ausfluß der Gesinnung der ersten Kammer darzustellen, und ich glaube, daß von Seiten der geehrten Deputation diese schwierige Aufgabe vollkommen gelöst ist, und daß auch gegenwärtig man sich der Hoffnung hingeben kann, daß eine gemeinschaftliche Adresse zu Stande kommen werde, was namentlich unter den nun eingetretenen Verhältnissen gewiß wünschenswerth ist. Ich glaube daher auch, daß die specielle Berathung der einzelnen Punkte nicht als undankbare Mühe und vergebliches Streben zu betrachten sein wird.

Graf Hohenthal-Pückau: Ich hätte auch einen längern Vortrag in petto gehabt, um bei dieser Gelegenheit meine Ansichten über den Gang der Staatsverwaltung auszusprechen. Es ist aber diese Angelegenheit so erschöpfend verhandelt worden, und namentlich haben meine eignen individuellen Ansichten drei Sprecher so vollkommen ausgesprochen, zuerst v. Erdmannsdorf, dann v. Welck und zuletzt der Präsident, daß ich eigentlich gar nichts hinzuzufügen brauchte. Inzwischen auf eine Aeußerung, die in der zweiten Kammer bei Gelegenheit der allgemeinen Debatte gemacht worden ist, und die significativ ist, weil dabei ein Name genannt worden ist, und Namen sehr oft Principien bezeichnen, glaube ich etwas erwidern zu müssen. Es ist gesagt worden, die Regierung habe eine reactionaire Tendenz angenommen, seitdem der Minister v. Lindenau aus dem Ministerium geschieden. Ich habe den Minister v. Lindenau hochgeachtet und werde ihn stets hochachten als einen wahrhaft edlen Mann, aber in seinem Ausscheiden aus dem Cabinet kann ich für das Land kein bestimmtes Unglück sehen. Ich will über die politische Wirksamkeit jenes Staatsmannes mich jetzt nicht verbreiten, aber mein Vertrauen zu dem Ministerium ist seit seinem Ausscheiden durchaus nicht geschwächt worden. Ich habe die Ueberzeugung, daß unser Ministerium eben so verfassungsmäßig handelt, als damals, als Herr v. Lindenau mit in ihm saß. Ich werde daher das Ministerium unterstützen in allen wichtigen politischen Fragen, weil unsere Verfassung bis jetzt stets der Polarstern der Maßregeln des Ministeriums gewesen ist. Würden heute unsere Minister ihre Zuflucht zu Staatsstreichen nehmen, wie dies von manchen Seiten wenigstens verdeckt behauptet worden, so würde ich der Erste sein, trotz meiner entschiedenen conservativen Gesinnung, der gegen das Ministerium aufträte. Aber so lange das nicht der Fall ist, werde ich für das Ministerium stimmen. Ich gedenke

dabei des Ausspruches eines bekannten französischen Redners: „Wer mehr, wer weniger, wer etwas Anderes will, als die Verfassung, der handelt gegen seinen Eid.“

Bürgermeister Starke: Ich darf mir ebenfalls nicht erlauben, mich über das Materielle des vorliegenden Berathungsgegenstandes ausführlich zu verbreiten, da das, was für und wider denselben angeführt werden könnte, bereits vielfach beleuchtet worden ist. Daher vergönne ich mir bloß eine mehr formelle Bemerkung oder vielmehr einen Wunsch, wenn derselbe auch bereits zum Theil schon von dem Herrn Referenten widerlegt worden ist. Er betrifft die Gesichtspunkte, von denen die Deputation glaubt, daß bei der Behandlung des vorliegenden Berathungsgegenstandes ausgegangen werden müsse. Sie sind im Berichte näher entwickelt worden, und ich muß, was namentlich den ersten Punkt anlangt, nach welchem die Adresse hauptsächlich nur eine Antwort auf die Thronrede sein soll, zwar zugeben, daß dies als Regel festzuhalten sei, weil die Adresse sonst mehr oder weniger in eine Petition ausarten dürfte. Allein unsere Deputation hält es außerdem auch noch für erforderlich, daß die Adresse stets möglichst allgemein zu fassen sei, und daß aus ihr Alles auszuschneiden wäre oder wenigstens nur vorsichtig angedeutet werden dürfte, was bereits Vorklage der Gestgebung oder einer Petition oder Beschwerde sei. Diese Grundsätze nun dürften allerdings vielleicht in größern Staaten, in Staaten Anwendung finden, wo eine Gefahr dafür vorhanden ist, daß die Adresse irgend eine politische Färbung erlangen könnte, wodurch die Regierung in Verlegenheit gebracht werden könnte. Das scheint aber in unserm Vaterlande nicht besorgt werden zu können. Einmal ist Sachsen ein zu kleiner Staat, als daß bei Erörterung politischer Fragen seine Stimme entscheidend sein könnte. Dann aber hat das bisherige Streben der Stände gezeigt, daß ihre Wirksamkeit hauptsächlich nur darauf gerichtet ist, das Auge auf die innere Organisation des Staates und darauf zu richten, daß ein glückliches Einverständnis zwischen Regierung und Volk erhalten werde. Deshalb aber glaube ich, darf eine Adresse nicht in so beengende Formen gedrängt werden, und darf nicht bloß einen diplomatischen Character haben, denn es würde dadurch nicht allein mehr oder weniger die Adresse selbst ihren wahren Werth verlieren, sondern es würde dadurch auch die schöne Idee, die ihr zu Grunde liegt, verkümmert werden, nämlich daß sie, wie auch von einigen Sprechern bereits angedeutet worden ist, eine Herzensergießung dessen sein solle, was das Volk durch seine Vertreter der Regierung als Wunsch vorzutragen sich gedrungen fühlt. Da die Deputation in ihrem Berichte gewissermaßen bloß ihr Glaubensbekenntniß über den Gegenstand und die Tendenz der Adresse ausgesprochen, so darf zwar nicht gerade untersucht werden, in wie weit die von ihr angedeuteten Gesichtspunkte auch verfolgt worden sind; indes fühle ich mich doch gedrungen, nicht durch Stillschweigen ein Anerkenntniß meinerseits dafür zu erkennen zu geben, daß die Befolgung obiger Grundsätze auch für die Zukunft als Regel aufgestellt werde, und will durch meine Bemerkung es bloß rechtfertigen, wenn ich bei der Berathung der einzelnen Gegenstände